



15. Juni 1983

ÖSTERREICHISCHE BOTSCHAFT  
 Zahl 3-POL/83  
 Libanon: ein Jahr danach

Tel Aviv, am 13. Juni 1983

Kurzauszug  
 =====

1. Katti!  
 2. Kopie 1982 Army 16.6.  
 3. ad cetera Kati

Der Jahrestag der israelischen Invasion im Libanon hat den Anlaß für eine Intensivierung der fast permanent geführten Debatte über die Rechtfertigung dieses Unternehmens geboten.

Es kann heute noch nicht gesagt werden, ob es sich um den ersten verlorenen Krieg Israels handelt. Einerseits konnte der PLO-Quasistaat im Libanon vernichtet und Syrien eine empfindliche militärische Niederlage beigebracht werden. Der Libanon hat in der Folge (als zweiter Staat nach Ägypten) Israel formell anerkannt, und die übrigen arabischen Staaten außer Libyen scheinen bereit zu sein, sich unter bestimmten Bedingungen nunmehr grundsätzlich mit der Existenz Israels abzufinden. Andererseits stehen im Libanon immer noch PLO-Verbände; die israelischen Besatzungstreitkräfte unterliegen einem Abnutzungskrieg. Syrien wurde von der Sowjetunion wieder aufgerüstet, und es scheint ungewiß, ob Präsident ASSAD sich bereitfinden wird, die syrischen Truppen aus dem Libanon abziehen, womit der Weg freigemacht werden würde für die Durchführung des israelisch-libanesischen Abkommens einschließlich des Abzugs der israelischen Streitkräfte.

Während die Opposition und ein großer Teil der öffentlichen Meinung vehement die Beendigung des Libanon-Abenteuers verlangen, steht die Regierung BEGIN vor einem Dilemma: Der weitere Verbleib im Libanon fordert fast täglich Opfer bei den jungen israelischen Soldaten, übersteigt die finanziellen Möglichkeiten des Landes und bewirkt eine absinkende Popularitätsrate des Likud. Auf der anderen Seite würde der (bedingungslose) Abzug das Eingeständnis bedeuten, daß die kostspielige Operation ein Fehlschlag war, und die Gefahr einer Besetzung der evakuierten Gebiete durch die PLO bzw. die Syrer mit sich bringen.

Der Botschafter:  
 [Signature]

(2) Am 6. Juni 1982 hatte Israel den Libanonkrieg begonnen. „Kurzauszug“ zum Vier-Seiten-Bericht. (Dok. 51)

(Kab), II, I.3 6. Feb. 1985

ÖSTERREICHISCHE BOTSCHAFT Tel Aviv, 5. Februar 1985

Zl. 38-RES/85  
Ereignisse um REDER/FRISCHENSCHLAGER  
Zu Erl.Zl. 503.01.00/1-SL/85  
vom 31. Jänner 1985

1) HEM  
2) Kab ad circ. 3/2  
6

An das  
Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten W i e n

1. Wie nicht anders zu erwarten ist über die ggstdl. Angelegenheit in Israel in großer Aufmachung berichtet worden. Sowohl die Print- wie auch die elektronischen Medien haben sich ausführlich mit den Vorgängen um die Freilassung REDER's und die Anwesenheit Bundesminister FRISCHENSCHLAGER's bei der Ankunft des ersteren in Österreich beschäftigt. Der Grundtenor aller Berichte und Kommentare war äußerst kritisch. Fairerweise wurde jedoch auch über die negativen Reaktionen in Österreich berichtet. Die einschlägigen Erklärungen des Herrn Bundeskanzler's sowie die Entschuldigung Bundesminister FRISCHENSCHLAGER's wurden im israelischen Fernsehen in extenso wiedergegeben.

2. Der Unterfertigte ist in den vergangenen Tagen von so gut wie jedermann auf die Angelegenheit angesprochen worden. Der Missionschef und seine Mitarbeiter haben sich nach Kräften bemüht, gegenüber Journalisten und anderen Gesprächspartnern klarzustellen, daß REDER kein Staatsempfang bereitet worden war; dieser Eindruck war jedoch bereits vorhanden und konnte kaum mehr verwischt werden.

3. Wenn kein offizieller Protest eingelegt wurde (obwohl dies von einem prominenten Kommentator von Radio Israel gefordert wurde), so ist dies sicherlich nur darauf zurückzuführen, daß kein direkter jüdischer Konnex bestand. Protestresolutionen sind der Botschaft bisher seitens der Holocaustgedenkstätte "Yad Washem" in Jerusalem und von der Gesellschaft "Israel-Österreich" zugegangen.

./..

(3) „Ereignisse um Reder/Frischenschlager.“ Erste von zwei Seiten. (Dok. 70)

ÖSTERREICHISCHE BOTSCHAFT

Tel Aviv, 6. Mai 1985

Zl. 2-POL/85

Das Holocaust-Drama und  
Österreich

LBA

2/9.5.

Kurzauszug

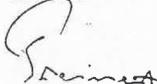
Das durch den Holocaust hervorgerufene Trauma ist zweifellos tief und echt. Auf diesem Hintergrund ist es zu sehen, wenn Israel auf jede (wirkliche oder vermeintliche) Manifestation des Neozisimus in schärfster Form reagiert.

Die Beziehungen zwischen Österreich und Israel sind zwiespältig. Einerseits wird Österreich als schönes, friedliches und stabiles Land beneidet. Auf der anderen Seite wird dieses positive Bild durch die Überzeugung verdunkelt, Österreich sei ein klassisches Land des Antisemitismus, das sich nach seiner Anerkennung als "befreites Land" von der Mitverantwortung gedrückt und im Gegensatz zu (West-)Deutschland auch keine diesen Namen verdienende Wiedergutmachung bezahlt habe. Österreich sei überhaupt ein Hort alter und neuer Nazis.

Die Bemühungen der Botschaft, ein wesentlich anderes Bild von Österreich zu vermitteln, werden durch die Tendenz mancher österreichischer Publizisten, ihrerseits nur ironisch von der "Opferrolle" Österreichs zu sprechen, keineswegs erleichtert, von den Ergüssen sogenannter "Ehemaliger" ganz zu schweigen.

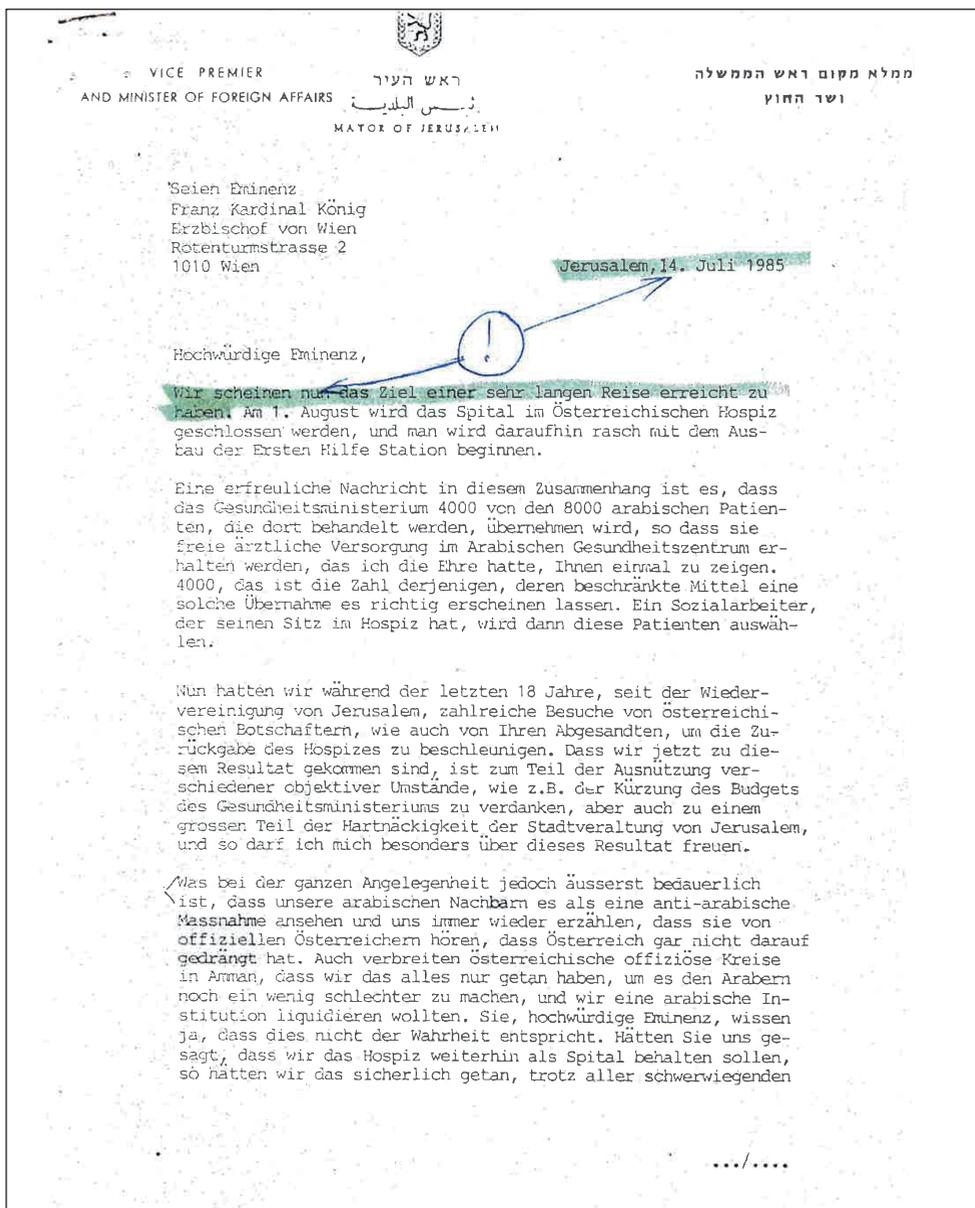
Zieht man eine Bilanz, so kommt man nicht darum herum, einzustehen, daß in Österreich nach 1945 zu wenig "Trauerarbeit" geleistet worden ist. Die peinlichen Erinnerungen sind bei der älteren Generation weitgehend verdrängt, während sich die jüngere für unzuständig hält.

Der Botschafter:



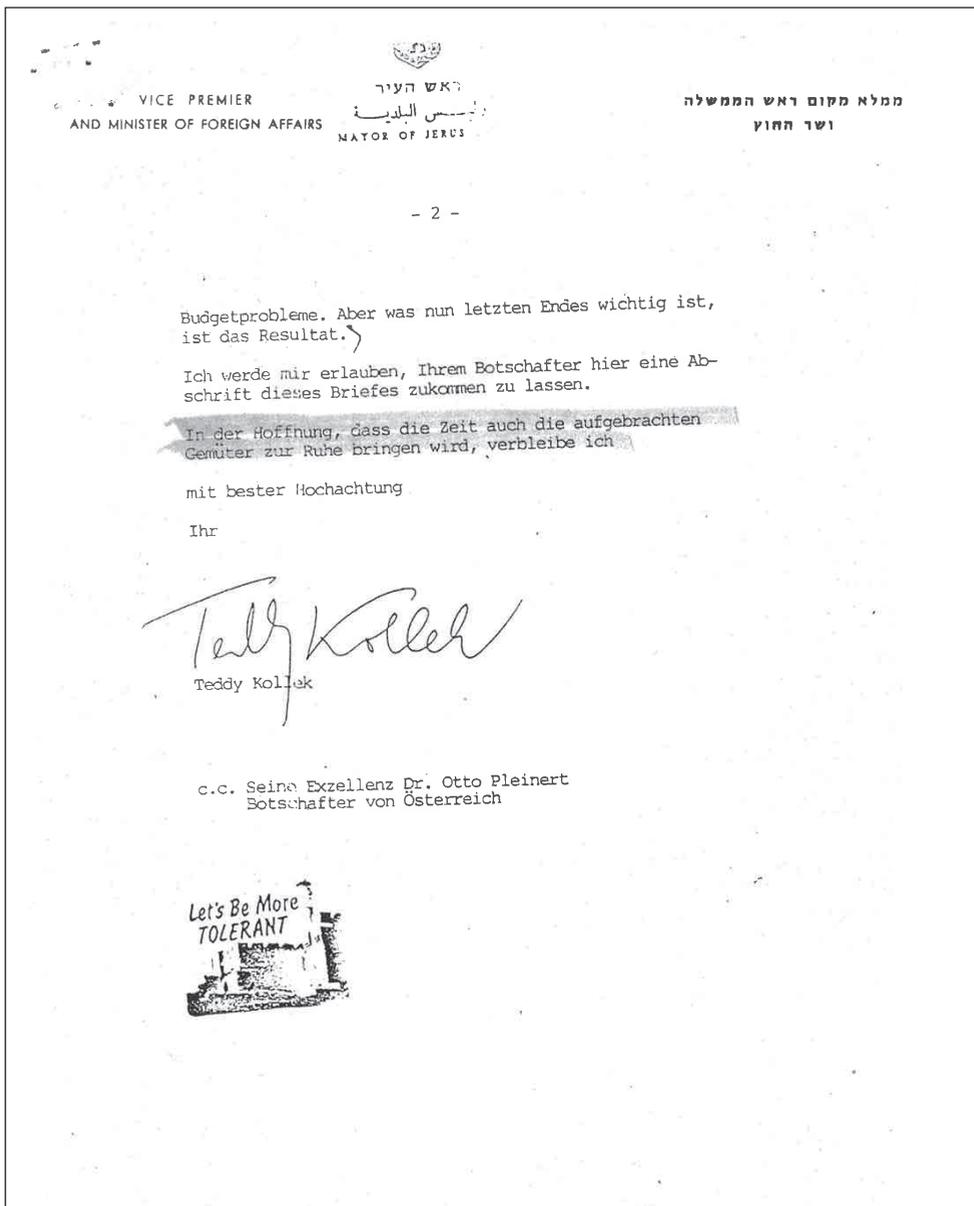
(4) „Das Holocaust-Drama und Österreich.“ „Kurzauszug“ zum Vier-Seiten-Bericht. (Dok. 73)

#### IV. Faksimiles



(5) Teddy Kollek und das Österreichische Hospiz. (Dok. 77)

#### IV. Faksimiles



(5) Teddy Kollek und das Österreichische Hospiz. (Dok. 77)

## IV. Faksimiles

ÖSTERREICHISCHE BOTSCHAFT

Tel Aviv, am 14. Juli 1987

Zl. 299-Res/87

Österreich-Bild in Israel

Zu Erl.GZ. 502.23.01/243-GSK/87  
vom 19. Juni 1987

Verfolg Bar.Zl. 309-Res/86  
vom 7. Juli 1987

15. Juli 1987

GSK, Kueb

An das

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

W i e n

Zum letzten Satz des obzitierten Erlasses wird folgendes ausgeführt:

1. In einer Erklärung der Bundesregierung zum 50. Jahrestag des Anschlusses sollte n i c h t, wie in der Deklaration von 1985, der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß a l l e aus Österreich ausgewanderten Personen der Heimat verbunden bleiben. Dies würde von vielen der 120.000 jüdischen Emigranten von 1938/39 und deren Nachkommen als Hohn empfunden werden.
2. Die Bundesregierung sollte nach ho. Auffassung in feierlicher Form dem tiefsten Bedauern über die Demütigung und Peinigung der jüdischen Mitbürger unter Mitwirkung und unter den Augen vieler Österreicher Ausdruck verleihen, und zwar unbeschadet des ausdrücklich zu erwähnenden Umstandes, daß damals keine österreichische Regierung und somit keine ö s t e r r e i c h i s c h e Staatsgewalt vorhanden war, die den Schutz der Minderheit garantieren konnte, und daß gleichzeitig zahlreiche österreichische Politiker in die Konzentrationslager verbracht wurden.
3. Die Bundesregierung sollte versichern, daß Österreich aus der Geschichte gelernt hat und daß auf der Grundlage der bitteren Erfahrungen der Vergangenheit ein Konsens betreffend die Demokratie und die Wahrung der persönlichen Freiheit erwachsen ist. Österreich ist heute ein friedlicher, auf soziale Gerechtigkeit bedachter, stabiler Staat, der im Rahmen seiner aktiven Neutralitätspolitik eine positive Rolle in der Völkergemeinschaft spielt, u.a. durch die Leistung humanitärer Dienste (seit Jahrzehnten konsequent verfolgte Flüchtlingspolitik).
4. Dieses Österreich, dessen nationale Identität heute von der überwältigenden Mehrheit der Österreicher bejaht wird, ist stark genug, um sich einer rückhaltlosen Auseinandersetzung mit der Geschichte und einer Diskussion zu stellen, in der nichts unter den Teppich gekehrt wird.

./.

(6) Vorschläge von Botschafter Pleinert zum 50. Jahrestag des „Anschlusses“. (Dok. 108)

#### IV. Faksimiles

ÖSTERREICHISCHE BOTSCHAFT

Tel Aviv, am 30. Oktober 1987

Zl. 467-RES/87

Gedenkjahr 1988; Israel;,  
Kranzniederlegung in Yad Vaschem

Verfolg Ber. Zl. 466-RES/87  
vom 30. Oktober 1987

4. NOV. 1987

GSK (☺) / 4  
(mit  
Kreuz  
bepr.)

An das

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

W i e n

Die Botschaft regt an, den Missionschef zu beauftragen, im Namen der Bundesregierung am 13.3.1988 oder an einem Datum nahe diesem Gedenktag, zur Erinnerung an die 65.000 ermordeten österreichischen Juden in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vaschem in Jerusalem einen Kranz niederzulegen.

unbedingt ja!

Ein solcher Akt würde in der israelischen Öffentlichkeit sicherlich positiv vermerkt werden.

Damit schliesst die Botschaft die Reihe ihrer Vorschläge zum Gedenkjahr 1988 vorläufig ab.

Der Botschafter:

PLEINERT  
S. Pleinert

(7) Ein Vorschlag von Botschafter Pleinert, der auf Zustimmung trifft. (Dok 113)

#### IV. Faksimiles

ÖSTERREICHISCHE BOTSCHAFT

Tel Aviv, am 5. Jänner 1988

Zl. 52-Res/88

SB: BS Dr. Konrad Kovar

Die Unruhen in den besetzten Gebieten -  
palästinensische Nationwerdung oder  
Kampf um den "dritten jüdischen Tempel"?

An das

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

HGS,   
W i e n  
*sehr gut!  
bibe. Geist  
berühmt -  
An als Botschaft*

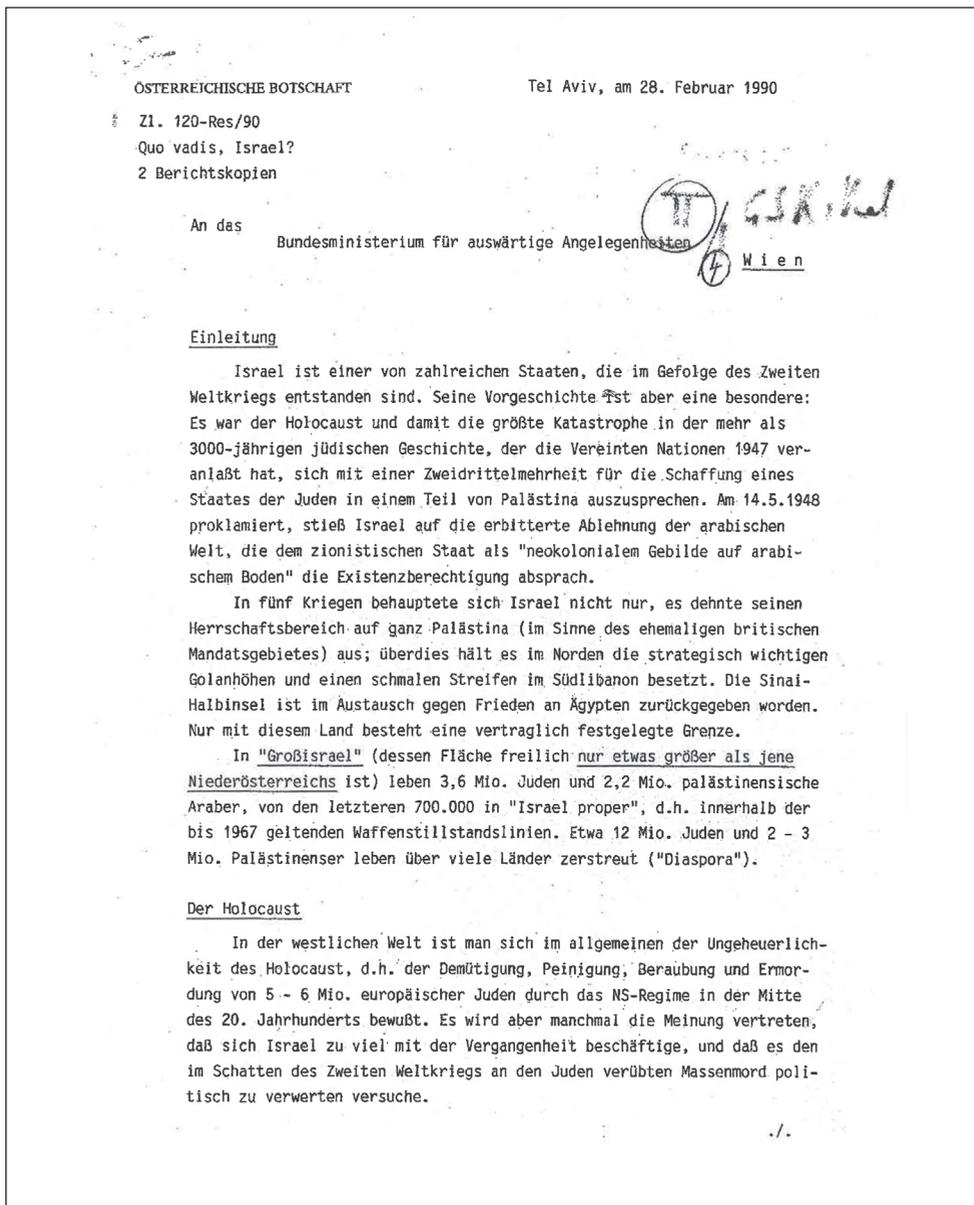
Qualitativ neue  
Situation in  
den Gebieten

In der neunten Woche der anhaltenden Unruhen in den besetzten Gebieten sind sich sowohl auf palästinensischer Seite wie auf israelischer Seite alle maßgeblichen Kräfte darüber im Klaren, daß eine qualitativ neue Situation entstanden ist. Zum ersten Mal seit zwanzigjähriger israelischer Besatzung bestimmen die von der Okkupation direkt Betroffenen durch ihre Aktionen das politische Geschehen. Für die Palästinenser hat diese Erfahrung, die durch die offensichtliche Ratlosigkeit der israelischen Regierung noch verstärkt wird, einen hohen Gewinn an Selbstvertrauen und an Vertrauen auf die Erreichbarkeit der eigenen politischen Ziele - primär die Beendigung der Besatzung, sekundär ein eigener Staat - bewirkt. Auf israelischer Seite ist eine grundlegende Verunsicherung angesichts einer Situation entstanden, die seit Gründung des Staates einmalig ist. Vergleiche mit den palästinensisch-arabischen Aufständen von 1929 und 1936 werden verstärkt herangezogen, um den Eindruck aufrechtzuerhalten, daß es sich bei den nunmehrigen Ereignissen um Formen des Konfliktes handelt, die aus der Geschichte des Staates bekannt und daher mit hergebrachten Mitteln, d.h. primär dem dosierten Einsatz von Gewalt, beherrschbar sind. Dieser Vergleich impliziert allerdings auch, daß die gegenwärtigen Unruhen den israelisch-palästinensischen Konflikt auf seine Anfangsphase zurückgeführt haben - auf den Kampf beider Völker in ganz Palästina und um ganz Palästina; die nach dem Unabhängigkeitskrieg 1948 entstandene israelische Grenze (die "grüne" Linie) wäre damit, was Ihre Relevanz für den israelisch-palästinensischen Konflikt betrifft, ebenso hinfällig wie die von Israel nach 1967 einseitig geschaffenen Fakten, insbesondere die Wiedervereinigung Jerusalems. Für diese Sichtweise, die insbesondere auch vom Leiter des "West Bank Data Project" und früheren

Interkommunaler  
Konflikt oder  
Kolonialkon-  
flikt?

./.

(8) Zur Intifada. Erste von acht Seiten. (Dok. 117)



(9) „Quo vadis, Israel?“ Der letzte Bericht von Botschafter Pleinert. Erste von acht Seiten. (Dok. 155)